



Festnahme eines Terror-Verdächtigen in Wien im September 2007: „Das Thema Terrorismus ist aktueller denn je.“

Terror und Terrorabwehr

„Terrorismus: Herausforderung für Staat und Privat“ war das Thema der „Österreichischen Sicherheitstage“ vom 16. bis 19. Oktober 2007 in Leogang.

Schüsse fielen, dann stürmten Vermummte, bewaffnet mit Maschinengewehren, den Tagungssaal und bedrohten die hochrangigen Teilnehmer der Sicherheitstagung. Zwei der Terroristen rissen den ehemaligen Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit und Präsidenten des Kuratoriums Sicheres Österreich (KSÖ), Mag. Michael Sika, von seinem Sessel, zogen ihm einen schwarzen Sack über den Kopf und schleppten ihn aus dem Saal. Der Überfall dauerte eine knappe Minute.

Noch ehe sich die letzten Tagungsteilnehmer bewusst machen konnten, was genau vorgefallen ist, war der Entführte wieder frei. Denn die „Terroristen“ waren Polizisten und der „Überfall“ war eine Show-Einlage am ersten Tag der „Österreichischen Sicherheitstage Salzburg – Leogang“ vom 16. bis 19. Oktober 2007.

„Das Thema Terrorismus ist aktueller denn je. Die Ereignisse der letzten Monate haben eine Gewichtung in der Öffentlichkeit hervorgerufen, in der die Wertigkeit ausschließlich auf die Aktivitäten islamistischer Gruppierungen gerichtet ist. Wir wissen, dass es Terrorismus auch in anderen Bereichen gibt“, sagte KSÖ-Präsident Michael Sika. „Wir haben es auch mit einer unglückseligen Vermengung von Islam und Islamismus zu tun. Vorbehalte, die gegen Islamismus bestehen, werden auf den Islam insgesamt übertragen.“

Sika ging in der Eröffnungsrede auch auf die aktuelle Diskussion über die Ausweitung der rechtlichen und technischen Möglichkeiten im Kampf gegen den Terrorismus ein: „Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass sich die Technik rasant weiterentwickelt und die Terrorgruppierung und kriminelle Organisationen auf dem

höchsten Stand der Technik agieren und vor allem kommunizieren. Es ist daher für mich selbstverständlich, dass die politisch Verantwortlichen bessere Ermittlungsmethoden verlangen, etwa die Online-Überwachung“, betonte Sika. „Wenn sich dagegen sofort Datenschützer und Verfassungsjuristen rühren, dann ist das auch selbstverständlich. Ich kenne das, als ich vor zwölf Jahren Rasterfahndung und großen Lauschangriff verlangt habe. Wenn wir jetzt zurückblicken, können wir sagen, dass kein Bürger wirklich in seinen Rechten beeinträchtigt worden ist. Der Rechtsschutzbeauftragte hat mir mitgeteilt, dass es zu keinem einzigen Missbrauchsfall gekommen ist. Ich nehme daher an, dass es auch in Zukunft zu keinen Einschränkungen der Bürger kommen wird. Das Gespenst wird sich in Luft auflösen.“ Deutlich nahm auch Innenminister Günther Plat-

Foto: Bmt



Sicherheitsvorkehrungen nach dem Terroranschlag auf den Flughafen Glasgow 2007.

ter zur Online-Überwachung Stellung: „Es ist ein absolutes Muss, der Polizei die Möglichkeiten der Onlinefahndung zu geben. Es kann nicht sein, dass das Internet als wichtigste Kommunikationsplattform für Extremisten ein strafreier Raum bleibt“, betonte Platter beim traditionellen Kamingsgespräch während der Sicherheitstage. Das Gedere von einem „Überwachungsstaat“ sei unsinnig. Dieses werde sich wie bei der Diskussion über den Lauschangriff vor zehn Jahren als unbegründet erweisen. Der Minister wies daraufhin hin, dass die Online-Überwachung in ganz Europa möglich gemacht werden sollte: „Dann werden wir wie beim Austausch von Daten aus der DNA-Datenbank Erfolge erzielen.“

Herausforderung Terrorismus. „Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist die größte Herausforderung für die Sicherheitsbehörden in aller Welt. An dieser Einschätzung wird sich in nächster Zeit nichts ändern“, sagte Jörg Ziercke, Präsident des deutschen Bundeskriminalamts (BKA). Ziercke berichtete über den Anschlagversuch von Islamisten in Deutschland,

der von der Polizei verhindert werden konnte: „Die Wirkung der Bomben hätte jene der Anschläge von Madrid und London weit übertroffen. Wären die Anschläge geglückt, hätte es Hunderte Tote gegeben.“ Die Täter wollten simultan Anschläge mit Autobomben auf Einrichtungen verüben, die besonders von Amerikanern besucht werden. Drei Verdächtige wurden festgenommen. Es handelte sich um den siebten Anschlag, der seit 2000 in Deutschland verhindert werden konnte. Derzeit laufen in Deutschland rund 230 Ermittlungsverfahren mit Bezügen zu islamistischen Gruppierungen, 110 davon werden im BKA geführt.

Neu seien die Kombination von Islamisten und Konvertiten und die Verflechtung mit ausländischen Organisationen. Die Gruppe habe ein hochkonspiratives Täterverhalten gezeigt. „Sie gaben ihr Vorhaben nicht auf, obwohl sie wussten, dass sie überwacht wurden“, betonte Ziercke. Neben den drei Festgenommenen gehörten fünf bis sieben Personen zum inneren Kern. „Wir schätzen die Gruppe in Deutschland auf 40 bis 50 Personen.“ Die Hauptbedrohung des islamischen Terrorismus

liege im hohen Einschüchterungspotenzial und in der destabilisierenden Wirkung. Übergeordnetes Ziel der Sicherheitsbehörden sei es, die Strukturen aufzuhellen. „Wir haben es mit einem Netzwerk zu tun, das hoch entschlossen ist. Wir müssen unsere kriminalistischen Methoden weiterentwickeln“, forderte der BKA-Präsident. Die Sicherheitsarchitektur in Deutschland werde umgebaut: „Unser Paradigma lautet: Vernetzung des Wissens, Ausbau der internationalen Zusammenarbeit unter Beachtung des rechtsstaatlichen Rahmens. Kriminalpolitik und Sicherheitsbehörden müssen sich immer mehr der Prävention zuwenden. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten und Polizei hat sich gezeigt. Der Fall zeige, wie wichtig es sei, eine europäische Sicherheitsarchitektur und ein weltweites Sicherheitsnetz zu haben. Innere und äußere Sicherheit gingen immer mehr aufeinander zu. Insgesamt habe sich die Polizei stark gewandelt – von einer reagierenden zu einer immer mehr proaktiv agierenden Organisation.“

Selbsternannte Gotteskrieger handeln unabhängig von Al Qaida. „99,99

Prozent der Moslems sind absolut friedliebend in Deutschland. Es wäre völlig falsch, Konvertiten grundsätzlich generalzuverdächtigen, aber wir müssen uns intensiver mit jenen radikalisierten Konvertiten auseinandersetzen, die sich auf dem Weg zum Dschihadismus begeben. Es sind zunehmend junge Männer in Europa, die in Ausbildungslager nach Pakistan gehen“, berichtete der BKA-Präsident. Gründe dafür seien unter anderem Perspektivlosigkeit, Frustration und mangelnde Integration. „Von besonderer Bedeutung für uns ist es, dass wir über Reisebewegungen Bescheid wissen. Daher fordern wir einen Straftatbestand. Es ist kaum vermittelbar, dass sich jemand in einem Ausbildungscamp zum Morden ausbilden lässt, und wir nehmen es zur Kenntnis“, sagte Ziercke. Die Verhinderung von Anschlägen habe oberste Priorität: „Wir greifen vielleicht deshalb manchmal zu früh ein.“

Deshalb versucht das Bundeskriminalamt, neue Ermittlungsmöglichkeiten zu bekommen. Wir müssen in der Gefahrenabwehr die Strafbarkeit mitbedenken.“

Kriminalistik der digitalen Welt.

„Die neuen Medien, die neuen Technologien erfordern erhebliche Investitionen in die Überwachung der Telekommunikation. Das Internet ist sehr dyna-



KSÖ-Präsident Michael Sika, BKA-Präsident Jörg Ziercke.

misch. Was heute entwickelt wird, ist morgen überholt“, erläuterte der BKA-Chef. „Wir brauchen eine Kriminalistik der digitalen Welt.“ Ziercke wies auf das *Gemeinsame Internetzentrum (GIZ)* der Bundessicherheitsbehörden in Deutschland hin, das seit 1. Jänner 2007 in Betrieb ist. Diese behördenübergreifende Internet-, Monitoring- und Analysestelle soll zur Verbesserung der Erkenntnislage über extremistische und terroristische Aktivitäten im Internet beitragen. Im GIZ arbeiten Mitarbeiter des Bundeskriminalamts, des Bundesnachrichtendienstes und des Militärischen Abschirmdienstes unter Federführung des Bundesamts für Verfassungsschutz zusammen. Die Spezialisten sichten und analysieren Websites, Newsgroups, Foren und Chattrooms, um extremistische und terroristische Aktivitäten im Internet früh zu

erkennen. „Bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz von großer Bedeutung. Der Auftrag an die Sicherheitsbehörden in aller Welt ist eindeutig: Es gilt, die Sicherheitskräfte zu stärken“, forderte Ziercke. „Wir dürfen aber niemals vergessen, dass für unser Handeln allein rechtstaatliche Grundsätze gelten.“

Internationale Zusammenarbeit.

„Der Dschihad hat auch Österreich erreicht – in abgeschwächter Form“, berichtete Dr. Gert René Polli, Direktor des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). „Der Bedrohungsabstand zu anderen europäischen Staaten hat sich wesentlich verringert.“ Derzeit gebe es aber in Österreich keinen Hinweis auf eine akute Bedrohungslage. „Die internationale Zusammenarbeit ist das A und O. Das BVT ist die einzige Behörde in Österreich, die für Terrorismusbekämpfung zuständig ist. Ausländische Behörden haben daher nur einen einzigen Ansprechpartner in Österreich. Das ist ein wesentlicher Vorteil“, betonte Polli. In Österreich gebe es auch kein Informations-Sharing zwischen Nachrichtendienst und Polizei. Zwischen 2001 und 2006 habe sich die Zahl der Anschläge wesentlich erhöht. „Wir gehen in Europa von einer erhöh-

TERRORANSCHLÄGE

„9/11“ und die Folgen

Welche Auswirkungen hatten die Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington auf die Wirtschaft? Mag. Anna Maria Hochhauser, Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich, zitierte aus einer Studie der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung: Der direkte Sachschaden betrug 15,5 Milliarden US-Dollar. Die Arbeitslosenquote ist um 0,6 Prozent gestiegen, in der Reisebranche fielen 60.000 Arbeitsplätze weg und Investoren verhielten sich zurückhaltend. Es setzte ein Konjunkturrückgang ein, der zu einem erheblichen Rückgang des Wirtschaftswachstums führte (von 3,7 auf 0,8 %). Da die USA größter Exporteur sind, hatte das Auswirkungen auch auf die Weltwirtschaft. Im Hotelgewerbe fiel die Beschäftigungszahl um 58.000 (- 3 %).



Generalsekretärin Anna Maria Hochhauser (Wirtschaftskammer Österreich), Brigadier Rupert Fehringer (Bildungszentrum Traiskirchen).

In der kommerziellen Luftfahrt gab es einen plötzlichen deutlichen Rückgang der Nachfrage. Amerikanische Fluglinien hatten einen Ausfall von 3.000 Flügen pro Tag unmittelbar nach den Anschlägen. US-Fluglinien verloren 2001 über sieben Milliarden Dollar, drei Fluglinien meldeten Konkurs an. Im Jahr 2000 betrug der Ge-

winn der Fluglinien weltweit 10,7 Milliarden Dollar; im Terrorjahr 2001 kam es zu einem Verlust von über 11 Milliarden Dollar.

„9/11“ war mit über 37 Milliarden Dollar Schaden der größte Versicherungsfall in der Geschichte. Die Ausgaben für Sicherheit und Rüstung sind gestiegen. Die Zahl der Sicherheitsdienste hat sich erhöht, neue Industriezweige sind entstanden, vor allem in der Sicherheitstechnik in der Luftfahrt, im Erkennen von ABC-Stoffen sowie in der Ausstattung für Militär und Sicherheitsdienste.

„Die Terroranschläge haben die USA schwer erschüttert, waren aber insgesamt strukturell nicht schädigend“, resümierte Generalsekretärin Hochhauser. „Die Auswirkungen waren für einige Branchen mittelfristig groß, aber sie schlugen sich in der Weltwirtschaft nicht nieder.“

FOTOS: WERNER SABITZER

ten Gefährdungslage aus. Sie wird sich in nächster Zeit höchstwahrscheinlich nicht verringern. Was wir beobachten, ist eine zunehmende Radikalisierung. Es geht uns darum, jene Zellen zu erfassen und zu beobachten, die in Hinterhöfen, Moscheen und Familien hochkonspirativ agieren.“

Die Zusammenarbeit werde weiter intensiviert. In Europa finde eine Reorganisation von Nachrichtendiensten und Sicherheitsbehörden statt. „Es hat sich gezeigt, dass eine Zusammenführung von Informationen aus Polizei und Intelligence-Bereich enorm wichtig ist“, sagte der BVT-Chef. In Europa sei ein Behörden-Sharing notwendig, etwa durch Verbindungsbeamte. Bei der Terrorbekämpfung gebe es einen Kulturwandel: Es gelte, früh Informationen zu bekommen, um Anschläge zu verhindern. „Es ist eine der kritischen Entscheidungen, frühzeitig zuzuschlagen – abzuwägen, ob wir zuschlagen, oder die Netzwerke studieren“, erläuterte Polli.

Der „Home-grown-Terrorismus“ sei eine der Herausforderungen, die die Politik in Europa betreffe – insbesondere die Integrationspolitik. „Die Frage der Integration ist ganz wesentlich, um eine Radikalisierung zu verhindern.“ Der BVT-Chef wies auf das österreichische Modell hin: Es gebe einen Sicherheitsdialog – Behördenleiter in den Bundesländern stellen Kontakte zu islamischen Einrichtungen her. „Wir brauchen klare gesetzliche Regelungen und entsprechendes Personal“, forderte Polli: „Die Verniedlichung der Bedrohungslage, das Sparen am falschen Platz, bedeutet das Inkaufnehmen von Opfern.“

Terror in Europa. Im Jahr 2006 gab es in der Europäischen Union 498 Anschläge; elf Mitgliedstaaten waren betroffen. „Die überwiegende Zahl der Anschläge war separatistischer Natur und auf spanische und französische Interessen gerichtet“, berichtete Mag. Peter Gridling, Leiter des Bereichs Terrorbekämpfung bei Europol. Die wenigsten betrafen islamistische Anschläge, es gab keinen einzigen geglückten islamistischen Anschlag. 706 Verdächtige wurden in 15 Mitgliedstaaten festgenommen, die Hälfte davon waren Islamisten. Zwei Drittel der Festgenommenen waren zwischen 26 und 46 Jahren alt. „Sicherheit zu garantieren ist ein elementares Staatsziel. An diesem



BVT-Direktor Gert Polli: „Abwägen, ob wir zuschlagen, oder die Netzwerke studieren.“



Paul E. Caldwell: „Die Terrororganisation Al Qaida ist geschwächt, aber nicht vernichtet.“

Ziel hat sich die Entwicklung zu orientieren“, betonte Gridling. Die Bekämpfung des Terrorismus sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – unter Einbindung von Gesetzgeber, Sicherheitsbehörden, Nachrichtendiensten, andere Behörden (Zivilschutz), Wirtschaft und Bürgern.

Die Rahmenentscheidung „Terrorismus“ von 2001 sei ein „Meilenstein in der Terrorismusbekämpfung. Der Begriff „Terrorismus“ werde zwar nicht definiert, die Rahmenentscheidung zeige aber, was terroristische Straftaten sind. „Seit 2001 verstehen wir in Europa einigermaßen dasselbe unter dem Begriff Terrorismus und es gibt ein halbwegs gleichmäßiges Niveau bei den Strafen“, erläuterte der Terrorismusexperte.

Die Studien gingen von Propaganda, Radikalisierung und Anwerbung über die Finanzierung und aktive Unterstützung zur Ausführung. Eine Strafbarkeit bestehe aber erst ab der Finanzierung. Die Konvention des Europarats, die am 1. Juni 2007 in Kraft getreten ist, bedeute eine Stärkung rechtlicher Instrumente zur Terrorismusbekämpfung, eine Garantie der Grundwerte und die Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus.

Die Radikalisierung beginne deutlich in jüngeren Jahren – oft in der kleinsten Zelle, in der Familie. Gridling zitierte aus einem Brief einer Frau an ihren festgenommenen Mann, einem Islamisten: „Ich werde unseren ungeborenen Sohn in Deinem Sinne erziehen und zu einer Fackel des Dschihad machen.“

Akteure der Terrorismusbekämpfung die Politik, Nachrichtendienste, Strafverfolgungsbehörden, Gerichte, Militär, Verwaltungseinrichtungen sowie Unternehmen und Bürger. Auf europäischer Ebene erfolgt die Terroris-

musbekämpfung durch folgende Institutionen: Rat, Kommission und Parlament, SITCEN, Europol, Eurojust, Frontex und teilweise durch Olaf.

Das Situation Center (SITCEN) in Brüssel, wird von den Nachrichtendiensten gespeist; Hauptaufgabe ist, Schlüsselpositionen in Brüssel mit Informationen zu versorgen, damit Entscheidungen getroffen werden können. SITCEN arbeitet mit Europol zusammen, vor allem beim Informationsaustausch.

Als Stärken der Terrorismusbekämpfung auf europäische Ebene nannte Peter Gridling die Harmonisierung der Gesetze, die verstärkte internationale Zusammenarbeit, das Vorhandensein von mehr Bewusstsein für die terroristische Bedrohung, die verbesserte Koordination. Schwächen liegen in der lang dauernden Umsetzung der Rechtstexte, im Einstimmigkeitsprinzip in der „Dritten Säule“ und in der „schwierigen Grundrechtsdiskussion“. „Wir brauchen eine bessere Vernetzung, Wir müssen die Befugnisse an technische und gesellschaftliche Entwicklungen anpassen“, forderte Gridling. „Es kann nicht sein, dass in einer Gesellschaft, die so von Daten abhängig ist, die Exekutive keine rechtlichen Möglichkeiten hat, diese Daten auszuwerten.“

Peter Gridlings Schlussfolgerungen:

- Sicherheit ist ein elementares Staatsziel: Der Staat darf sich nicht aus der Verantwortung zurückziehen.
- Die notwendigen Rahmenbedingungen und entsprechenden Ressourcen sind von der Politik zu schaffen.
- Die Bekämpfung des Terrorismus darf nur auf rechtlichen Grundlagen basieren.
- Die Zusammenarbeit muss horizontal und vertikal laufend optimiert werden.
- Befugnisse und Rechtsschutz schließen einander nicht aus, sondern bedingen einander.

Selbstmordanschläge. Die Zahl der Selbstmordanschläge in Russland habe drastisch zugenommen, berichtete Oberstleutnant Alexei Gennadievich Kuznetsov vom Innenministerium Russlands. Selbstmordattentäter zählten für die Extremisten als „strategische Waffen“, weil ihr Einsatz zahlreiche Opfer zur Folge habe und immer breit in den Medien dargestellt werde. Es bestehe zudem keine Gefahr, dass die Täter lebend in die Hände der Poli-



„Terrorüberfall“ auf die Teilnehmer der Antiterror-Tagung und „Entführung“ des ehemaligen Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit: Show-Einlage der Polizei bei den Österreichischen Sicherheitstagen 2007 in Leogang.

zei fallen und dort Mittäter oder Drahtzieher preisgeben könnten.

Die Tarnungen seien vielfältig: So würden sich Frauen als Schwangere ausgeben, um ungehindert ihr Ziel zu erreichen, auch Minderjährige und Behinderte würden eingesetzt.

Die Motive der Selbstmordattentäter seien vor allem religiöser Fanatismus, nationaler Extremismus und der Wunsch zur Rache. Armut, das Fehlen von Perspektiven und die schwierige Lebensumstände seien weitere Faktoren, sich zu opfern, ebenso die Verherrlichung und Mythologisierung ihrer Heldentaten und finanzielle Zuwendungen für die Hinterbliebenen.

„Für die Durchführung von Terroranschlägen macht man sich auch an Leute heran, die nicht nur der Sache des Dschihad ergeben sind, sondern von ihren Kommandanten völlig abhängig sind, etwa wegen Schulden. Besonders Vertrauen genießt derjenige, der nahe Angehörige in einem Gefecht verloren hat und nach den Gesetzen der Blutrache einen Soldaten töten muss. Man bedient sich auch chronisch Kranker, darunter solcher mit psychischen Defekten, die aber in der Lage sind, jede beliebige Anweisungen auszuführen“, berichtete Kuznetsov. In letzter Zeit würden Strenggläubige als Selbstmordattentäter eingesetzt, die wegen eines Verbrechens von den Scharia-Gerichten zum Tod verurteilt worden sind. „Sie werden dann davon überzeugt, dass ihnen der Tod bei einem Terrorangriff völligen Schuld nachlass garantiert“, erzählt Kuznet-

sov. Es meldeten sich auch viele Frauen, die Mann, Kinder oder andere nahe Angehörige verloren haben, das sei nach kaukasischer Mentalität gleichbedeutend mit ihrem eigenen Tod. Darüber hinaus seien beispielsweise muslimische Tschetscheninnen in ihrer Lebensweise an den völligen und blinden Gehorsam gegenüber ihren nationalen Gebräuchen gewohnt.

Art und Stärke des verwendeten Sprengmittels werden vor allem von der Möglichkeit bestimmt, es zum Zielobjekt zu bringen. Die einfachsten und am weitesten verbreiteten Bomben werden in Koffern, Ballen oder Paketen transportiert. Zur Erhöhung der Wirkung werden dem Sprengstoff Nägel, Schrauben und Stahlkugeln hinzugefügt. Der Auslöser befindet sich üblicherweise unter der Kleidung oder in der Hosentasche des Terroristen, durch eine Öffnung in der Kleidung führt ein Draht zum Sprengkörper.

Weit verbreitet sind auch Sprengstoffgürtel und -westen mit vielen Taschen. Es gibt zwei Schalter, einen zum Scharfmachen der Bombe, einen anderen zum Zünden. Letzterer befindet sich in der Hosentasche. Der Gürtel wird auch bei Gefahr der Festnahme gezündet. Moderne Gürtel und Westen haben nur wenige elektronische Bestandteile, sodass es schwierig ist, sie mit Hilfe technischer Geräte zu orten. Je komplizierter die Ausrüstung ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit des Versagens, daher werden einfache Vorrichtungen bevorzugt. Gürtel werden oft mit Sprengstoffen bestückt,

die mit üblichen Untersuchungsgeräten nicht entdeckt werden. Es sind auch elektronische Zünder aufgetaucht, die mit Puls- und Blutdruckmesser kombiniert sind. Sie lösen die Detonation aus, wenn der Täter verletzt wird und selbst nicht mehr auslösen kann.

Die größte Opferzahl und die größten Schäden gibt es bei der Verwendung von mit Sprengstoffen angefüllten Fahrzeugen – Lkws, Pkws, Motorräder oder Fahrräder. Auch Hunde und Lasttiere werden als Sprengstoffträger benutzt. „Man kann nicht ausschließen, dass mit Sprengstoffen angefüllte Kleinflugapparate oder Torpedos verwendet werden. Einen Selbstmordattentäter außer Gefecht zu setzen, ist außerordentlich schwierig. Ist er am Anschlagort angelangt, kann man ihn praktisch nicht mehr stoppen.“

FBI. Die Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington hätten die Prioritäten der US-amerikanischen Bundespolizei dramatisch verändert, berichtete Special Agent Paul E. Caldwell, FBI-Verbindungsbeamter in Wien. Es sei zu strukturellen Veränderungen gekommen mit der Hauptaktivität, weitere Anschläge zu verhindern. An erster Stelle auf der Prioritätenliste steht die Terrorismusabwehr, gefolgt von der Spionageabwehr und der Sicherheit des Internets. Nach „9/11“, den Anschlägen vom 11. September 2001 wurden 1.400 Agenten im Terrorismusbereich eingesetzt, doppelt so viele wie davor. Es wurden spezielle Einheiten geschaffen, beispielsweise

das Direktorat für Massenvernichtungswaffen, die Abteilung Terrorismusfinanzierung und mobile Einsatzeinheiten (*Fly Teams*). In jeder FBI-Außenstelle gibt es nachrichtendienstlich tätige Agenten und es bestehen 101 Sondereinheiten (*Joint Terrorism Task Forces*).

Weiters wurde das Terrorismusüberwachungszentrum (*Terrorist Screening Centre – TSC*) eingerichtet, ein nationales Kriminalitätsinformations-Zentrum (NCIC) und das *Information Data Warehouse (IDW)*, das Agenten, Analysten und Strafverfolgungsbehörden direkten Zugang zu Fotos, biografischen, finanziell und anderen Informationen über Tausende bekannte und verdächtige Terroristen gewährt. Im Jahr 2005 gab es mehr als zehn Millionen Anfragen.

Das FBI bindet auch Bürger ein: „Wir können Terrorismus und organisierte Kriminalität nicht alleine bekämpfen. Wir brauchen Partner, mehr Leute auf der Straße“, erläuterte Caldwell. Ausgewählte Leute aus dem öffentlichen Leben werden zur FBI-Bürgerakademie (*Citizens Academy*) eingeladen. Sie erhalten einen Einblick in die Struktur und Programme des FBI und sie werden informiert, wie sie helfen könnten. *Infragard* ist eine gesicherte Website, zu der Mitglieder Zugang haben, um Behörden vor potenziellen Bedrohungen zu warnen. Caldwell: „Eine der größten Herausforderungen ist die Gleichgültigkeit.“ Mit der CIA gebe es eine enge Zusammenarbeit, betonte der FBI-Agent. „Ich hätte das vor zehn Jahren nicht für möglich gehalten.“ Al Qaida sei „geschwächt, aber nicht vernichtet. Wir haben Trainingslager der Al Qaida zerstört und Finanzströme unterbrochen“, berichtete der FBI-Agent.

Sicherheitsindustrie und Terrorbekämpfung. Kann und soll die private Sicherheitsdienstleistungs-Industrie bei der Bekämpfung des Terrorismus eine Rolle spielen? Wenn ja, welche? „Die klassische Terrorismusbekämpfung und Terrorabwehr ist niemals Aufgabe der privaten Sicherheitsindustrie – auch nicht der innerhalb mancher Sicherheitskonzerne verfügbaren Spezialeinheiten. Terrorismusbekämpfung kann langfristig nur Aufgabe von Polizei- und Nachrichtendiensten sein“, sagte Mag. Martin Wiesinger, Geschäftsführer des Sicherheitsunternehmens



Tagungsteilnehmer BK-Direktor Herwig Haidinger, Peter Gridling (Europol), BVT-Direktor Gert Polli, BKA-Präsident Jörg Ziercke.

Securitas Sicherheitsdienstleistungen GmbH. Die Terrorismusbekämpfung und Terrorismusprävention werde aber ohne die private Sicherheitsdienstleistungs-Industrie nicht funktionieren. Die „Privaten“ leisteten wesentliche Beiträge zur Verhinderung oder zum Erschweren von terroristischen Anschlägen, und zwar durch Passagier- und Gepäckskontrollen auf Flughäfen, durch den Werkschutz bei kritischen Infrastrukturen und Kernkraftwerken oder durch die Zutrittskontrollen bei Hochhäusern. „Die private Sicherheitsdienstleistungs-Industrie drängt sich ganz bewusst nicht in hochspezifische Aufgaben der hoheitlichen Sicherheitskräfte, kann aber die breite Basis an standardisierten Tätigkeiten mit klar umrissenem Aufgabebild und speziell darauf zugeschnittenem Schulungsaufwand durchführen“, betonte Wiesinger. Dadurch stehe den Sicherheitskräften mehr Kapazität für deren „Kerngeschäft“ zur Verfügung.

„Eine der größten Herausforderungen für die private Sicherheitsdienstleistungs-Industrie ist das Haftungsrisiko, das mit Bewachungsaufträgen verbunden ist. Speziell im Bereich von Aufträgen für Flughafensicherheit, Sicherung kritischer Infrastrukturen oder von Atomkraftwerken sind bei einem Terroranschlag Schäden in astronomischer Höhe denkbar und wahrscheinlich“, erläuterte der Securitas-Geschäftsführer. Die Schäden seien in vollem Ausmaß nicht versicherbar, wodurch Aufträge mit unbegrenzter Haf-

tung von privaten Sicherheitsdienstleistungs-Unternehmen nicht angenommen und abgewickelt werden könnten. Zur Lösung dieses Problems wurde in den USA der *Safety Act* beschlossen: Unternehmen, die sich im Bereich Technologie oder Sicherheitsdienstleistung mit dem Thema Anti-Terrorismus beschäftigen, können sich unter gewissen Voraussetzungen unter den Schutz des *Safety Acts* begeben und erhalten damit bei Schadenersatzforderungen, die im Zusammenhang mit terroristischen Attacken entstehen, eine Schad- und Klaglosstellung vom Staat. Damit ist sichergestellt, dass die private Sicherheitsunternehmen auch weiterhin kritische Infrastrukturen bewachen können, ohne dass bei einem Terroranschlag der Konkurs droht.

Wiesinger nannte drei Schwerpunkte für die private Sicherheitsdienstleistungs-Industrie in Europa:

- die weitere Verbesserung der Dienstleistungsqualität;
- den laufenden Dialog zwischen öffentlicher und privater Sicherheit;
- den Start eines Dialogs über die Haftung bei terrorbedingten Schäden.

Flughafensicherheit. Ing. Heribert Ressimann, Geschäftsführer der *Vienna International Airport Security Services GesmbH (VIAS)*, berichtete über die Sicherheitskontrollen auf dem Flughafen Wien-Schwechat. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 sei in der Luftfahrt „kein Stein auf dem anderen geblieben“. Bis dahin hatte die EU-

EISLAUFEN HAT TRADITION:

BEIM WIENER
EISLAUF-VEREIN



SEIT 1867

Inmitten der Stadt finden Sie Entspannung, Erholung und körperliche Ertüchtigung. Auch kulinarisch wird für Sie bei uns gesorgt. Lernen Sie uns kennen und lieben.

Tel: 7136353-0 Fax: 7121447 Internet: www.wev.or.at

Wirtschaftstreuhänder
Karl Hausch
STEUERBERATER

Römergasse 34
A-1160 Wien

Tel.: (+43-1) 489 83 83-0
Fax: (+43-1) 489 83 83-20
e-mail: office@hausch.at



Dreicher Otto vorm. A. Szekely
Fliesenlegermeisterbetrieb
Hafner

Verkauf
Verlegung
Reparaturen

Service und
Instandhaltung
v. Kachelöfen

1160 Wien, Ottakringer Str. 43/6 (Eingang Huberg.)
Tel./Fax 01/403 85 47, Mobil 0664/394 77 30
E-Mail: otto.dreicher@aon.at
Homepage: members.aon.at/ottodreicher



ING. SIEGL GES MBH

INSTALLATIONSUNTERNEHMEN FÜR SANITÄR; HEIZUNG UND LÜFTUNGSANLAGEN
1030 WIEN RENNWEG 94 TEL 797 19 - 0 TELEFAX 797 19 - 18

SICHERHEITSTAGE



KSÖ-Präsident Michael Sika, Innenminister Günther Platter: „Es kann nicht sein, dass das Internet als wichtigste Kommunikationsplattform für Extremisten ein straffreier Raum bleibt.“

Kommission keine Gesetzgebungskompetenzen in der Flugsicherheit. Mit der EU-Richtlinie 2320/2002, die 14 Monate nach den Anschlägen vorlag, und weiteren Verordnungen wurden die Gesetzgebung, Inspektion, Technik und Personal geregelt. Die Mitarbeiter der VIAS bedienen 65 Röntgenanlagen und Kontrollstraßen auf dem Flughafen. Die Ausbildung umfasst 120 Stunden Ausbildung plus 30 Stunden Monitortausbildung. Die Risikoanalyse erfasst Gepäck, Passagiere, Cargo und Post, Catering, Versorgung und Technik. Unter anderem wird geprüft, ob Passagier und Gepäck „zusammenpassen“.

„Das positive Reiseerlebnis muss trotz Sicherheit aufrecht bleiben“, umriss Volker Zintel, Generalbevollmächtigter des *Airport Security Managements* der *Fraport AG*, die Sicherheitsvorkehrungen Flughafen Frankfurt/Main. Was das Passagieraufkommen betrifft, ist der Frankfurter Flughafen der achtgrößte der Welt; beim Frachtaufkommen der siebentgrößte. Im Jahr 2006 wurden 52,8 Millionen Passagiere registriert; 145.000 Passagiere pro Tag. 53 Prozent der Fluggäste sind Umsteiger. 129 Airlines fliegen den Flughafen Frankfurt an; mit 307 Zielen in 109 Ländern. 73 Prozent der Interkontinentalflüge gehen über Frankfurt.

Kritisch äußerte sich KSÖ-Präsident Michael Sika über die Sicherheitskontrollen auf den Flughäfen: „Ich frage mich, ob es die intelligenteste Methode ist, wenn man Millionen Passagiere von vornherein als Terroristen ansieht und auch so behandelt. 99,99 Prozent der Personen, die streng kontrolliert werden, sind harmlose Fluggäste.“

Werner Sabitzer

FOTO: WERNER SABITZER